

Online-Vortrag LIVE: Aktuelles zu Missbrauch im elektronischen Zahlungsverkehr – aktuelle Rechtsentwicklungen und Haftungsfragen**Live-Übertragung:** 27. November 2024, 13.30 – 19.00 Uhr (inkl. 30 Min. Pause)**Zeitstunden:** 5,0 – mit Bescheinigung nach §15 Abs.2 FAO**Kostenbeitrag:** 275,- € (USt.-befreit)
Ermäßigter Kostenbeitrag für Mitglieder der kooperierenden Rechtsanwaltskammern**Nr.:** 254195Anmeldung über die neue DAI-Webseite
www.anwaltsinstitut.de
mit vielen neuen Services:

Mit E-Mail-Adresse anmelden

E-Mail-Adresse

Kennwort

Kennwort vergessen?

Anmelden

Sie haben noch kein Konto? Jetzt registrieren

- Zugriff auf alle digitalen Unterlagen zur Fortbildung: Von Arbeitsunterlage bis zur Teilnahmebescheinigung
- Komfortable Umbuchungsmöglichkeiten
- Direkter Zugriff auf alle digitalen Lernangebote
- Speichern interessanter Fortbildungen auf Ihrer persönlichen Merkliste

Die DAI Online-Vorträge LIVE

Bei einem Online-Vortrag LIVE verfolgen Sie die Veranstaltung/Fortbildung zum angegebenen Termin über das eLearning Center. Ein moderierter textbasierter Chat ermöglicht Ihnen die Interaktion mit den Referierenden und anderen Teilnehmenden. Sie benötigen nur einen aktuellen Browser, eine stabile Internetverbindung und Lautsprecher. Die Arbeitsunterlage steht elektronisch zur Verfügung.

Teilnahmebescheinigung nach § 15 Abs.2 FAO

Das DAI stellt die Voraussetzungen zum Nachweis der durchgängigen Teilnahme sowie die Möglichkeit der Interaktion während der Dauer der Fortbildung bereit. Die Online-Vorträge LIVE werden damit wie Präsenzveranstaltungen anerkannt und können für die gesamten 15 Zeitstunden genutzt werden.

Kontakt

Deutsches Anwaltsinstitut e.V.
Gerard-Mortier-Platz 3, 44793 Bochum
Tel. 0234 970640
support@anwaltsinstitut.de

Vereinsregister des Amtsgerichts Bochum: VR-Nr. 961

FAOcomplete – Ihr eLearning-Paket im DAI

Dieses eLearning-Angebot ist Bestandteil von FAOcomplete: Mit diesem eLearning-Paket können Sie sich aus unserem vielfältigen Angebot Ihre komplette FAO-Fortbildung in einem Fachinstitut komfortabel, flexibel und zu einem attraktiven Festpreis zusammenstellen. **Genauere Informationen finden Sie unter www.anwaltsinstitut.de/faocomplete**

**Fachinstitut für
Bank- und Kapitalmarktrecht**


Online-Vortrag LIVE

**Aktuelles zu Missbrauch im
elektronischen Zahlungsverkehr –
aktuelle Rechtsentwicklungen und
Haftungsfragen**
27. November 2024
13.30 – 19.00 Uhr
Online
Prof. Dr. Stefan Werner
 Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Syndikus/
 Direktor
**www.anwaltsinstitut.de**
 Gemeinnützige Einrichtung der Bundesrechtsanwaltskammer,
 Bundesnotarkammer, Rechtsanwaltskammern und Notarkammern.

Referent

Prof. Dr. Stefan Werner, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Syndikus/Direktor

Inhalt

Der Zahlungsverkehr und die damit im Zusammenhang stehende ständige Weiterentwicklung der elektronischen Zahlungsdienstleistungen werfen eine Vielzahl von Rechtsfragen auf. Die unterschiedlichen Funktionsweisen der modernen Zahlungsverfahren machen die fortlaufende rechtliche Anpassung an die technischen Entwicklungen, aber auch an Rechtsprechung und Rechtsetzung erforderlich. Dabei ist vor allem auch den Umständen Rechnung zu tragen, dass kaum ein vollständiger Schutz gegen den Missbrauch und andere kriminelle Angriffe erreicht werden kann, selbst wenn die technischen Voraussetzungen dafür vorliegen. In diesen Fällen ist aufgrund der teils beträchtlichen finanziellen Folgen kompetente Beratung und angemessenes Handeln von Anwaltsseite erforderlich. Daran knüpft die Veranstaltung an und vermittelt die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für die anwaltliche Praxis. Der erfahrene Referent gibt einen Überblick über die elektronischen Zahlungsverfahren und die diesen zugrundeliegenden rechtlichen Regelungen. Die Umsetzung der Zweiten EU-Zahlungsdiensterichtlinie und deren Konsequenzen für den elektronischen Zahlungsverkehr werden im Einzelnen beleuchtet. Die aktuellen Regelungen des Zahlungsdienstrechts führen in weiten Bereichen dazu, dass die besonderen Risiken des elektronischen Zahlungsverkehrs von den Zahlungsdienstleistern zu tragen sind, ohne dass dies aber zu einer vollständigen Entlastung der Zahlungsdienstnutzer führen würde. Der Referent erläutert in diesem Zusammenhang die verschiedenen Arten des Missbrauchs und des Missbrauchsrisikos unter Darstellung der gesetzlichen Haftungsregeln und zeigt ferner die Beweislastrisiken für alle Beteiligten auf.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhalten eine instruktive Arbeitsunterlage.

Arbeitsprogramm**I. Rechtsgrundlagen des elektronischen Zahlungsverkehrs**

1. Die einschlägigen gesetzlichen Regelungen
2. Die Online-Banking-Bedingungen als Regelungsbeispiel für den elektronischen Zahlungsverkehr und Grundlage einer branchenweiten Standardisierung

3. Die Prägung des elektronischen Zahlungsverkehrs durch die Rechtsprechung
4. Weitere Formen und Grundlagen des elektronischen Zahlungsverkehrs neben dem Online-Banking
5. Risiken des elektronischen Zahlungsverkehrs

II. Die rechtlichen Auswirkungen der Zweiten EU-Zahlungsdiensterichtlinie und ihre Umsetzung in deutsches Recht sowie der del. EU-Verordnung 2022/2360 auf den elektronischen Zahlungsverkehr

1. Der elektronische Zahlungsverkehr als Grundlage und Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einbindung von Zahlungsauslösedienste
 - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Zulassung von Zahlungsauslösediensten
 - b) Die regulatorischen Voraussetzungen an die Einbindung von Zahlungsauslösediensten
 - c) Die Online-Zugänglichkeit von Konten als Voraussetzung für den Anspruch auf Inanspruchnahme von Zahlungsauslösediensten
 - d) Die zivilrechtlichen Besonderheiten bei der Einbindung von Zahlungsauslösediensten
 - e) Die Haftungsrisiken und Haftungsregelungen bei Einbindung von Zahlungsauslösediensten
2. Der elektronische Zahlungsverkehr als Grundlage und Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einbindung von Kontoinformationsdiensten
 - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Zulassung von Kontoinformationsdiensten
 - b) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Einbindung von Kontoinformationsdiensten
 - c) Die Online-Zugänglichkeit von Konten als Voraussetzung für den Anspruch auf Inanspruchnahme von Kontoinformationsdiensten
 - d) Die zivilrechtlichen Besonderheiten bei der Einbindung von Kontoinformationsdiensten
 - e) (Überschaubare) Haftungs- und Missbrauchsrisiken bei der Einbindung von Kontoinformationsdiensten
3. Die Online-Zugänglichkeit zu Konten als Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einbindung von Drittemittenten von Zahlungskarten
 - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Einbindung von Drittemittenten
 - b) Die zivilrechtlichen Anforderungen an

die Einbindung von Drittemittenten von Zahlungskarten

- c) Der Leistungsumfang der Drittemittenten von Zahlungskarten
- d) Missbrauchs- und Haftungsrisiken
4. Das Zahlungsinstrument und seine Bedeutung für den elektronischen Zahlungsverkehr
5. Das Erfordernis zum Einsatz einer „starken Kundenauthentifizierung“
 - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Verwendung einer „starken Kundenauthentifizierung“
 - b) Die zivilrechtliche Bedeutung der Verwendung einer „starken Kundenauthentifizierung“
 - c) Missbrauchs- und Haftungsrisiken im Zusammenhang mit dem zwingenden Einsatz einer „starken Kundenauthentifizierung“

III. Ausprägungen des elektronischen Zahlungsverkehrs

1. Das Online-Banking
 - a) Leistungsumfang des Online-Banking
 - b) Haftungsregelungen
2. (Digitale) Karten-Zahlungsverfahren
 - a) Kartenzahlungen als Teil des elektronischen Zahlungsverkehrs
 - b) Digitale Kartenzahlungen
 - c) Die Ergänzung der physischen Karten durch digitale Karten am Beispiel der girocard
3. Das Elektronische Lastschriftverfahren
 - a) Abgrenzung zu sonstigen Verfahren des elektronischen Zahlungsverkehrs
 - b) Besondere Rechtsprobleme im Zusammenhang mit dem elektronischen Lastschriftverfahren

IV. Missbrauchsrisiken und Angriffsformen

1. Haftungsregeln
2. Beweislastrisiken

V. Ausblick auf das Recht der PSD 3

1. Die Aufgliederung in eine Richtlinie (PSD 3) und eine Verordnung (PSR)
2. Die Auswirkungen auf den elektronischen Zahlungsverkehr – Elektronische Zahlungen als Standardfall
3. Verfeinerung des Pflichtenkatalogs
4. Erweiterung der Haftungsregelungen